

Connemann fordert Bürgergeld-Abschaffung: Signal für Arbeitnehmer!

Gitta Connemann von der CDU fordert die Abschaffung des Bürgergelds als Signal für Arbeitnehmer. Geplante wirtschaftliche Maßnahmen werfen Fragen auf.



Welt, Deutschland - Gitta Connemann, die Vorsitzende der Mittelstandsunion und Mitglied der CDU, hat sich klar für die Abschaffung des Bürgergelds ausgesprochen. Sie bezeichnet diese Maßnahme als „Leistungssignal an die Arbeitnehmer“. In ihrer Argumentation betont sie, dass die bestehende Form des Bürgergelds nicht mehr tragbar sei und eine Änderung dringend notwendig ist. Connemann fordert, dass die neue Bundesregierung in der zweiten Jahreshälfte Turbo-Abschreibungen sowie eine Senkung der Stromsteuer für Unternehmen umsetzt. Sie hebt hervor, dass Investitionsschübe in diesem Umfang bisher nicht vereinbart wurden, um das Wirtschaftswachstum voranzutreiben.

Die Diskussion um das Bürgergeld ist nicht neu. Dieses staatliche Finanzhilfesystem für Arbeitssuchende und Bedürftige wurde im Zuge einer Reform im Jahr 2023 eingeführt, die die vorherigen Regelungen des Arbeitslosengeldes II (Hartz IV) ablöste. Ziel der Reform war es, Arbeitssuchende in dauerhafte Beschäftigung zu bringen und ihre Qualifikation zu fördern. Kritiker aus den Reihen der CDU/CSU, FDP und AfD weisen jedoch auf die gestiegenen Kosten hin und fordern eine Rückkehr zu mehr Verbindlichkeit in der Arbeitsvermittlung.

Der aktuelle Stand der Bürgergeldreform

Im Jahr 2023 lagen die Zahlungsansprüche für das Bürgergeld bei 42,6 Milliarden Euro, was einem Anstieg von 16 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Der Regelbedarf für Alleinstehende wurde um 30 Prozent auf 563 Euro monatlich erhöht. Trotz dieser Ausweitung der Leistungen gibt es auch eine allgemeine Unruhe: Von den rund vier Millionen erwerbsfähigen Bürgergeldempfängern gelten 1,75 Millionen als arbeitslos. Arbeitsfähige Empfänger sind nun verpflichtet, Arbeitsangebote anzunehmen, während bei Nichtbeachtung Sanktionen drohen. Kritiker argumentieren, dass der Vermittlungsvorrang, der vorher bestand, abgeschafft wurde und dies die Chancen auf Integration in den Arbeitsmarkt negativ beeinflusst.

Um die Bürgergeld-Reform positiv zu bewerten, verweist man auf die Zunahme der integrierten ehemaligen Leistungsbezieher, die von Januar bis August 2024 um 8 Prozent anstieg. Der Begriff „Fördern und Fordern“ wird zum zentralen Leitgedanken, um die bisherigen Herausforderungen zu bewältigen und mehr Menschen in Arbeit zu bringen. Connemann argumentiert, dass die Integration von 100.000 Bürgergeldempfängern in den Arbeitsmarkt zusätzlich zwei Milliarden Euro einsparen und die Sozialkassen entlasten könnte.

Zukunftsausblick

Ein weiterer Aspekt, den Connemann anspricht, ist die Notwendigkeit, Subventionen zurückzufahren, um geplante Maßnahmen zu finanzieren. Diese Schritte sollen einerseits dazu dienen, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, während gleichzeitig die steigenden Bürgergeldzahlungen, die nach der Reform umgesetzt wurden, eine anhaltende Herausforderung darstellen. Wissenschaftliche Analysen der Bürgergeld-Reform werden für Ende 2026 erwartet, um die langfristigen Auswirkungen dieser Maßnahmen zu bewerten.

So wird deutlich, dass die Diskussion um das Bürgergeld vielschichtig ist und sowohl die wirtschaftlichen als auch die sozialpolitischen Dimensionen berücksichtigt werden müssen. Vor allem in Zeiten, in denen die Regierungskoalition verschiedene Ansätze zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation diskutiert, wird das Bürgergeld weiterhin im Mittelpunkt stehen. Die Bereitschaft zur Reform und Anpassung könnte entscheidend sein für die politische Landschaft der kommenden Jahre.

Für detaillierte Statistiken und weitere Informationen zum Thema Bürgergeld stehen die offiziellen Seiten der **Bundesagentur für Arbeit** zur Verfügung, die aktuelle Daten und Entwicklungen bereitstellen.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Welt, Deutschland
Quellen	• www.welt.de • www.bpb.de • statistik.arbeitsagentur.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de